

Einstellung der Parteien zum Ausbau direkter Demokratie

SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs)

Die SPÖ nimmt eine eher skeptische Haltung gegenüber direktdemokratischer Beteiligung ein und hat sich bislang auf keine feste Position geeinigt. Laut Bundeskanzler Faymann sollen Volksabstimmungen erst ab 700.000 Unterschriften möglich sein. Faymann warnt davor, dass der Einsatz von Volksabstimmungen nicht die politische Handlungsfähigkeit zerstören darf. So könne nicht jedes Mal eine Volksabstimmung durchgeführt werden, wenn der Euro-Rettungsschirm eingesetzt werden soll. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer hat sich öffentlich für eine dreistufige Volksgesetzgebung ausgesprochen, die eine Zusammenarbeit zwischen Initiatoren und Parlament fördert. Prammer setzt sich zudem für eine Stärkung des Parlaments ein.

Quellen: [Der Standard, 03.07.2012](#). Zu Prammer: [Die Presse, 14.05.2012](#), [www.parlament.gv.at](#)

ZITAT Barbara Prammer (Quelle: [im ZENTRUM, am 03.06.2012 im ORF 2](#)):

„Mehr Demokratie gibt es nur im Miteinander. Bevölkerung und Parlament sind kein Widerspruch.“

ÖVP (Österreichische Volkspartei)

Die ÖVP fordert in einem umfangreichen Demokratiepaket eine Aufwertung der direkten Demokratie. Dies beinhaltet auch verpflichtende Volksabstimmungen bei Volksbegehren, die von zehn Prozent der stimmberechtigten BürgerInnen unterzeichnet worden sind (650.000). Themen wie Grund- und Menschenrechte, EU-Primärrecht oder völkerrechtliche Verpflichtungen sollen jedoch von Volksabstimmungen ausgeschlossen sein, dem stimmen auch die SPÖ und die Grünen zu. Weitere Forderungen des ÖVP-Demokratiepakets sind u.a. die Möglichkeit von „Bürgeranfragen“, ein stärker personalisiertes Wahlrecht, die Einführung von Online-Sammlsystemen bei Volksbegehren sowie die Einrichtung eines Pflichtfachs „Politische Bildung und Staatskunde“.

Quelle: [www.oevp.at](#)

ZITAT Sebastian Kurz (Quelle: [im ZENTRUM, am 03.06.2012 im ORF 2](#))

„Wir brauchen Eigenverantwortung durch die Bürger statt Bevormundung durch den Staat“

FPÖ (Freie Partei Österreichs)

Die Freiheitliche Partei Österreichs fordert am längsten von allen Parteien eine Ausweitung der direkten Demokratie. Verpflichtende Volksabstimmungen sollen bereits bei Volksbegehren mit 250.000 Unterschriften eingeleitet werden können. Laut FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache müsse direkte Demokratie als verbindliches Initiativrecht des Volkes wie in der Schweiz in der österreichischen Bundesverfassung verankert sein. Strache verlangt Volksabstimmungen auch bei EU-Fragen, insbesondere bei der Ratifizierung des EU-Fiskalpakts sowie des Euro-Rettungsschirms.

Quellen: [www.fpoe.at](#), [www.parlament.gv.at](#)

ZITAT Heinz-Christian Strache (Quelle: [www.fpoe.at](#)).

„Dem Volk sein Recht!“

Grüne

Das Modell der Grünen setzt sich für verpflichtende Volksabstimmungen bereits ab 250.000 Unterschriften ein, dies allerdings im Rahmen eines 3-Stufenplans in Sinne einer dreistufigen Volksgesetzgebung.

Quellen: <http://www.gruene.at/schwerpunkte/direkte-demokratie>, <http://www.gruene.at/themen/demokratie-verfassung/mehr-direkte-demokratie>; www.parlament.gv.at

ZITAT Daniela Musiol: (Quelle: www.gruene.at)

„Die Instrumente direkter Demokratie in Österreich sind zu schwach. (...) Wir Grünen haben ein Modell für eine praktikable und gerechte Volksgesetzgebung vorgelegt. Diese kann mutige Entscheidungen des Parlaments nicht ersetzen, aber positiv ergänzen und die Legitimität von Politik erhöhen.“

BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich)

Nach dem BZÖ sollen Volksbegehren, die 400.000 Unterschriften erhalten haben, automatisch eine Volksabstimmung einleiten. Das BZÖ fordert zudem die Einführung von „Internet-Volksbegehren“, die das direktdemokratische Verfahren erleichtern sollen.

Quelle: www.bzoe.at

ZITAT aus dem BZÖ-Konzept (Quelle: www.bzoe.at, pdf Datei)

„Das Recht geht vom Volk aus. Die direkte Demokratie ist daher vor allem dort zu stärken, wo Bundesverfassung und Lebensinteressen (EU, Gentechnik etc.) berührt werden, und dort, wo der Bürger unmittelbar auch die Verantwortung für seine Partizipation trägt (Anlagenverfahren, Verkehrswege, Investitionsentscheidungen etc.).“

Stand: Oktober 2012